



Von der Polizei aus illegalem Lager vertriebene Roma bei Nizza

ERIC GAILLARD / REUTERS

MIGRATION

# Europas unerwünschtes Volk

Über zehn Millionen Roma leben in Europa. Zehntausende von ihnen fliehen vor Armut und Diskriminierung aus den Ländern Südosteuropas in den Westen. Doch auch hier leben sie im Elend. Die Regierungen der EU-Staaten schaffen es nicht, den Menschen zu helfen.

Die Schranktür segelt aus einem Fenster im oberen Stockwerk, sie saust nach unten und landet im Müll auf dem Rasen eines Vorgartens in Duisburg-Rheinhausen. Nur zwei Meter weiter steht ein halbes Dutzend Männer in dicken Jacken und Wollmützen regungslos da. Die Tür hätte jemanden verletzen können, doch Marian, Nico und die anderen verziehen keine Miene. „Es wird renoviert“, sagt Marian. Die Männer lachen. „Es gibt keine Probleme“, sagt er. Die Männer lachen.

Seit drei Jahren wohnt Marian, der aus dem Nordosten Rumäniens kommt, in dem achtstöckigen Backsteinbau. Sein Wohnsitz an der Straße In den Peschen ist inzwischen republikweit bekannt – wahlweise als „Problemhaus“, „Haus des Schreckens“ oder schlicht als „Roma-Haus“. Als wäre damit schon alles gesagt.

Die Geschichte des Hauses lässt sich wie folgt zusammenfassen: Vor ein paar

Jahren kamen Roma aus Rumänien und zogen dort ein. Es wurden mehr, bis fast nur noch Roma dort wohnten; mehr, als das Haus eigentlich beherbergen konnte. Sie feierten im Hof Grillfeste, die Nachbarn beschwerten sich darüber. Müll sammelte sich im Vorgarten und im Innenhof, die Müllabfuhr transportierte ihn nicht ab. Das lockte Ratten an.

Es barsten Glasscheiben, niemand ersetzte sie. Die Treppenhäuser begannen nach Urin zu stinken. Einige Bewohner des Hauses stahlen, betrogen oder raubten, deswegen kam häufig die Polizei. Sie ordnete Bewohnern des Hauses allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres 277 Vergehen zu.

Dann kamen die Rechten. Sie demonstrierten vor dem Haus, veranstalteten Stammtische und hetzten im Internet. Bei Facebook tobten sie sich auf einer Seite mit dem Namen „In den Peschen 3-5“ aus. „So ein Wichsvolk macht mich wahn-

sinnig“, schrieb Maurice K. dort. „Bombe da rein und fedich“, riet Stefan K., und Marian D. forderte: „Brennt diese Wichser nieder.“ „Endlich mal keine Zensur“, freute sich Sabrina S., 1690 Facebook-Nutzer gefiel diese inzwischen gelöschte Seite Mitte August 2013.

Im selben Monat bewaffneten sich die Bewohner des Hauses aus Angst vor Übergriffen mit Knüppeln. Aktivisten aus der linken Szene organisierten eine Nachtwache. Als die Polizei in einer Nacht im August ins Haus wollte, hielten die Bewohner sie mit Eisenstangen und Reizgas fern.

„Es ist gut hier“, behauptet Nico trotzdem. „Unsere Kinder können zur Schule gehen, mit den Nachbarn gibt es keine Probleme.“ Arbeit habe er manchmal und manchmal auch nicht, ansonsten sammelte er Pfandflaschen. „In Rumänien hatten wir gar nichts“, sagt er.

Dieser Tage streiten Politiker der Großen Koalition über Zuwanderung aus

Rumänien und Bulgarien, weil seit dem 1. Januar die unbegrenzte Freizügigkeit für Bürger dieser Staaten gilt. Im Koalitionsvertrag zwischen den Unionspartei und der SPD steht, es sollten die „Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden“. Der CDU-Europapolitiker Elmar Brok fordert, die Fingerabdrücke von Einwanderern zu registrieren, die in Deutschland nur Sozialleistungen beziehen wollten.

Viele der Zuzügler aus beiden Ländern haben ein hohes Bildungsniveau, doch es kommen auch Arme und Ungebildete, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt wenig Chancen haben (siehe Kasten Seite 26). Sie gehören oft zur Volksgruppe der Roma.

Zehntausende Roma wie Marian und Nico sind schon vor dem Elend und der Diskriminierung aus Rumänien, Bulgarien, Serbien, der Tschechischen Republik oder Ungarn geflüchtet. Mit der Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren könnte diese Wanderung zunehmen. Doch in Frankreich, Italien oder Deutschland landen die Menschen in Lagern oder müssen unter erbärmlichen Bedingungen hausen. Einige gleiten in die Kriminalität ab, fast alle sind auch im Westen bitterarm und werden diskriminiert.

In Europa leben zwischen zehn und zwölf Millionen Roma, mehr Menschen, als Österreich Einwohner hat. Seit über 1000 Jahren wohnen sie hier – und wurden über Jahrhunderte als „Zigeuner“ ausgegrenzt, verfolgt und unterdrückt. Die Nationalsozialisten ermordeten Hunderttausende von ihnen. Die Roma sind die größte Minderheit Europas – und noch immer das unerwünschte Volk des Kontinents.

Knapp 70 Jahre nach dem Ende der NS-Zeit hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) 2012 ein Mahnmal für Sinti und Roma eingeweiht. Doch die von der CSU neu angefachte Diskussion über sogenannte Armutsmigranten aus Bulgarien und Rumänien, die so oder so ähnlich auch in anderen EU-Ländern stattfindet, zeigt: In ganz Europa leben die alten Vorurteile weiter. Der Bösewicht Roma ist demnach überall. Er hat dunkle Haut, singt und klaut, zieht seinen Kindern keine Schuhe an und will im Dreck leben, ganz traditionell bedingt – so die Vorurteile.

Lange hat die Politik die Roma ignoriert. In Deutschland

gab es die integrierten Sinti, in Frankreich die Manouches und in Spanien die Kalé, aber kaum jemand kümmerte sich je um sie – und niemand fragte nach den Roma aus Südosteuropa. In den Blickpunkt gerieten diese hier erst, seit immer mehr von ihnen aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland kommen, seit sich die Zahl der Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien 2012 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat.

Hans-Peter Friedrich (CSU), bis vor kurzem Bundesinnenminister, wollte diese Migranten schnell wieder loswerden oder erst gar nicht nach Deutschland lassen. Er forderte die Herkunftsländer auf, die Lebensbedingungen der Roma dort zu verbessern.

Was in Bulgarien, Rumänien oder Serbien alles zu verbessern wäre, zeigt ein Besuch in Antena, einer Siedlung am Ende der Buslinie 75, am Rande der serbischen Hauptstadt Belgrad. Es gibt kein

fließendes Wasser, die Toiletten sind Erdlöcher. In der Luft mischt sich der Geruch von Urin, Schimmel und verbranntem Plastik.

Hier lebt Ramiz, 28, gemeinsam mit rund 600 anderen Roma. Er hat sich in Antena ein Stück Müllhalde für seine Hütte gekauft, acht Quadratmeter, 40 Euro. Ramiz sagt, die Roma seien, „die Unsichtbaren Belgrads“. Jeder zweite in der Siedlung hat keinen Pass, keine Geburtsurkunde. Für die serbische Regierung existieren diese Menschen nicht, sie bekommen keine Sozialhilfe, kein Kindergeld.

Die meisten von ihnen kamen wie Ramiz während des Kosovo-Konflikts hierher, Ende der neunziger Jahre. Sie träumen davon, so schnell wie möglich in den reichen Westen zu gelangen.

Tagüber sammelt Ramiz mit den Kindern der Siedlung Pappe oder sucht im Müll nach Tütensuppen mit abgelaufenem

Halbbarkeitsdatum, angebrochenen Cornflakes-Packungen und Kakaopulver. In der Tasche trägt er die Visitenkarte eines Mannes, der Menschen ohne Papiere über die Grenze nach Norden schmuggelt. 100 Euro für den Transport; 400 Euro, um die Beamten an der serbischen Grenze zu schmieren. Ramiz hofft, dass er dem Schlepper genug Kunden vermittelt, so dass der ihn vielleicht umsonst in den Bus steigen lässt.

Antena ist nur eine Siedlung in Belgrad. Es gibt Hunderte davon in Serbien und in den anderen Staaten Osteuropas Tausende Siedlungen, die so aussehen. Die EU-Kommission untersuchte 2011 zusammen mit dem Uno-Entwicklungsprogramm und der EU-Grundrechte-Agentur die Lebensumstände von mehr als 80 000 Roma in elf EU-Mitgliedstaaten und fand heraus: Ein Drittel von ihnen war arbeitslos, 20 Prozent hatten keine Krankenversicherung, und 90 Prozent lebten unter der Armutsgrenze. „Sie werden an den Rand gedrängt und leben unter extrem armen sozioökonomischen Bedingungen“, heißt es in dem Papier.

Aber die Menschen fliehen nicht nur vor der Armut, sondern auch vor Diskriminierung und Hetze. In Rumänien forderte im Januar vergangenen Jahres eine rechtsradikale Gruppe die Sterilisation von Roma-Frauen. In Bulgarien kam es 2011 zu Anti-Roma-Demonstrationen in der Haupt-



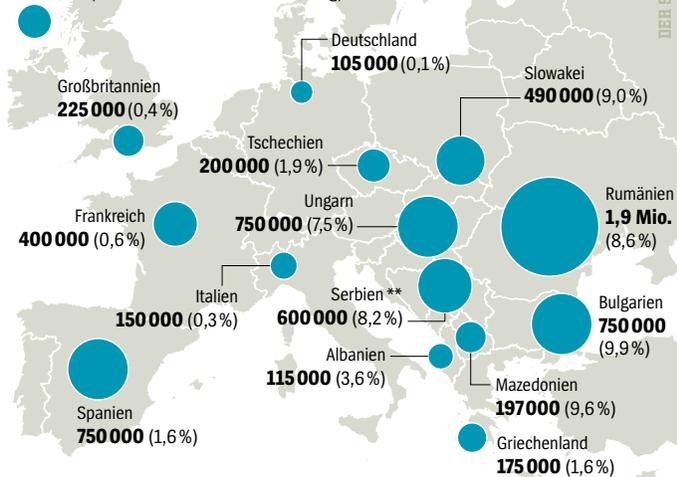
Von Roma bewohntes Haus in den Peschen in Duisburg

KRISTOFER RINNY / LAF

### Anteil der Romabevölkerung\*

in ausgewählten europäischen Ländern, Schätzungen 2012

Personen (Anteil an der Gesamtbevölkerung)



\* und verwandte Gruppen, z. B. Sinti; \*\* ohne Kosovo; Quelle: Europarat

# „Deutschland profitiert“

Sind Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien Armutsflüchtlinge oder Arbeitsmigranten?

Über Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien kursieren viele Geschichten, und für alle finden sich Belege. Da gibt es jene über Ärzte und Ingenieure, die in Deutschland dringend benötigt werden, und solche über Dorfgemeinschaften, die sich ohne berufliche Perspektive auf den Weg in das deutsche Sozialsystem gemacht haben.

Ursache für die Wanderung ist das immer noch enorme Wohlstandsgelände; Arbeiter verdienen in Bulgarien mitunter kaum mehr, als in Deutschland Kindergeld gezahlt wird, rund 180 Euro im Monat. Daran wird sich auch so schnell nichts ändern.

Wie sich die Wanderungsbewegung jetzt, nach dem Ende aller Beschränkungen, entwickeln wird, ist deshalb eine spannende Frage. Es ist jedenfalls keine homogene Gruppe, die aus diesen beiden Ländern kommt. Da sind auf der einen Seite Universitätsabsolventen, deren Wegzug die Herkunftsländer weiter schwächt. Es sind aber auch viele Angehörige von Minderheiten wie den Roma, die häufig ohne Berufsausbildung, mitunter sogar Analphabeten sind.

Die politische Debatte entzündet sich nun an der Frage, ob diese Zuwanderung ein Gewinn für die wirtschaftliche Entwicklung sein oder zu einer Belastung der Sozialsysteme führen wird.

Wissenschaftliche Untersuchungen fallen unterschiedlich aus, regionale Differenzen sind groß. So schrieb die Wochenzeitung „Die Zeit“, dass 80 Prozent der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien „sozialversicherungspflichtig beschäftigt“ seien. Diese Zahl wurde auch von anderen Medien genannt und dem renommierten Migrationsforscher Klaus Bade zugeschrieben, der bis Mitte 2012 dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration vorstand.

Davon ist Bade, um eine Stellungnahme gebeten, mittlerweile abgerückt. Er spricht nun davon, dass 80 Prozent dieser Einwanderer beschäftigt seien, „und davon circa 46 Prozent qualifiziert und über 20 Prozent hochqualifiziert“.

Der Sachverständigenrat nennt eine „Erwerbsbeteiligung“ von 81,4 Pro-

zent der nach 2007 Zugewanderten aus Rumänien und Bulgarien. Er bezieht sich dabei auf eine Sonderauswertung des Mikrozensus 2011 des Statistischen Bundesamtes für ganz Deutschland.

Die „Erwerbsbeteiligung“ ist indes wenig aussagekräftig, weil Erwerbstätige ebenso mitgezählt werden wie Arbeitslose. Zudem wurde dabei nur die Gruppe der 25- bis 44-Jährigen berücksichtigt, also jene Gruppe, die ohnehin die höchste Beschäftigungsquote aufweist.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) kam unlängst zu dem Ergebnis, dass die „Erwerbstätigenquote“ der 15- bis 65-Jährigen, die nach 2007 aus Bulgarien und Rumänien zugezogen sind, im Jahr 2011 62,6 Prozent betrug.

Der Mikrozensus, der den Untersuchungen zugrunde liegt, wird indes vom DIW selbst als nicht besonders aussagekräftig beschrieben, da etwa bei den zugezogenen Bulgaren und Rumänen „kleine Fallzahlen“ nur eine „grobe Analyse“ zuließen. Doch auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommt zu dem Schluss: „Insgesamt profitiert Deutschland von dieser Zuwanderung.“

„Die Erwerbsbeteiligung ist kein Indikator für eine existenzsichernde Integration in den Arbeitsmarkt“, kritisiert dagegen der Soziologe Stefan Böckler von der Duisburger Stabsstelle für Informationslogistik. Die Auswertung von Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Statistischen Bundesamtes sowie der Städte Duisburg und Dortmund habe ergeben, dass Ende 2012 in Brennpunkten wie Duisburg lediglich 10,8 Prozent und in Dortmund nur 14,8 Prozent dieser Gruppe einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen. Rund 90 Prozent aller dort beim Jobcenter gemeldeten Bulgaren und Rumänen hätten keine abgeschlossene Berufsausbildung und damit kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Aussagefähigere Zahlen werden sich erst jetzt, nachdem der Arbeitsmarkt Bulgaren und Rumänen vollständig offensteht, ermitteln lassen.

ANDREAS ULRICH



Rom Ramiz in Belgrad

Leben auf acht Quadratmeter Müllhalde

stadt Sofia. In der Tschechischen Republik rief 2012 ein aufgebrachter Mob „Zigeuner ins Gas“, nachdem ein 15-Jähriger behauptet hatte, von Roma zusammengeschlagen worden zu sein.

Als besonders prekär gilt unter Menschenrechtlern die Lage der Roma in Ungarn – obwohl sich die Regierung in Budapest mit ihrer Strategie zur Integration von Roma brüstet. „Roma werden in Ungarn systematisch diskriminiert“, sagt Gábor Daróczi, Direktor der Stiftung Romaversitas, die Bildungsprojekte für Roma finanziert. „Sie finden keine Arbeit, Kinder erhalten keine Bildung.“ Es gebe im Land eine Pogromstimmung, die ihn an die dreißiger Jahre erinnere. Erst im August wurden drei Männer verurteilt, die in einer Mordserie sechs Roma aus Rassenhass getötet hatten.

Mitglieder der rechtskonservativen Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán hetzen offen gegen Mitglieder der Volksgruppe. Zsolt Bayer, Mitbegründer der Regierungspartei Fidesz und angeblich ein Vertrauter Orbáns, sagte: „Der Großteil der Zigeuner ist zum Zusammenleben nicht geeignet. Sie wollen sofort jeden ficken, den sie erblicken. Wenn sie auf Widerstand stoßen, morden sie. Diese Zigeuner sind Tiere, und sie benehmen sich wie Tiere. Sie sollen nicht existieren, die Tiere. Das muss man lösen – mit allen Mitteln!“

Im März 2011 hielten rechtsradikale Milizen die Gemeinde Gyöngyöspata, 80 Kilometer nordöstlich von Budapest, mehrere Wochen lang besetzt. Neonazis marschierten durch die Straßen, bedrohten und schlugen Roma. Die Regierung ließ die Rassisten gewähren. Als eine Hilfsorganisation Hunderte Frauen und Kinder aus dem Dorf holte, bezeichnete die Regierung die Rettung als „Osterurlaub“.

Irgendwann griff die Polizei ein, die Milizen zogen ab. Doch das Leben der Roma in Gyöngyöspata hat sich kaum verbessert. Sie hausen in einer eigenen

Siedlung im Tal. Ihre Häuser sind aus Wellblech und Spanplatten gezimmert, die Wege versinken im Winter im Schlamm.

Die Gemeinde wird von der rechtsextremen Jobbik-Partei regiert, die eine „Geburtenkontrolle bei Zigeunern“ fordert und mit einer jener neonazistischen Milizen verbunden ist, die die Roma in Gyöngyöspata tyrannisierten. Polizisten fordern Bußgelder, wenn Fußgänger statt des Gehwegs die Straße benutzen. In der Schule in Gyöngyöspata wurden Roma-Kinder offenbar in einem eigenen Stockwerk unterrichtet.

Angesichts solcher Schikanen ist es ein Wunder, dass nicht noch mehr Roma versuchen, ihr Heimatland zu verlassen. Doch in den reicheren Ländern werden sie ebenfalls diskriminiert, auch in Deutschland. Sie würden regelmäßig be-

dia als „Zigeunerschlampe“. Sechs Jahre lang ertrug die Sinti-Familie Spott und Anfeindungen. Ihre Kinder wurden in der Schule bedroht und als „Dreckspack“ beleidigt. Polizisten mussten sie auf dem Heimweg sogar einmal vor Rechtsextremen beschützen.

Mehrmals wurde in das Haus der Familie eingebrochen; die Angreifer zertrümmerten die Möbel, schlitzen die Couch auf. Im Herbst 2009 flog ein Stein durch ihr Fenster mit einem Zettel daran, darauf stand: „Haut ab, ihr Kanaken“. An Weihnachten zündeten unbekannte Täter das Haus der Familie an. Da gab die Familie auf und zog in ein anderes Bundesland.

Trotz alledem ist die Stimmung gegenüber den Roma in anderen wohlhabenden EU-Ländern noch feindseliger als in Deutschland. In Italien etwa versucht die

In diesen Baracken hausen 500 Familien, oft mehr als sechs, sieben Menschen auf 30 Quadratmetern. In den Gassen huschen Ratten, heulen wilde Hunde, schimmeln Sofagarnituren und alte Matratzen, die Römer am Wochenende hier heimlich entsorgen. Und doch soll Salone ein Modell sein, eine von der Stadt finanzierte, „voll ausgerüstete“ Modellsiedlung für die Minderheit, so sieht es die italienische Regierung.

In Wirklichkeit ist Salone mehr Ghetto als Dorf, es gibt jungen Männern wie Elviz nicht die Chance, zum normalen Italien zu gehören. Sie brauchen drei, vier Stunden, um ins Zentrum von Rom zu gelangen, wo sie vielleicht einen Job oder eine Ausbildung bekämen. „Wer nimmt mich denn schon als Pferdepfleger, als Mechaniker oder Küchenhilfe“, fragt Elviz, „mit dieser Anfahrtszeit, mit diesem

schimpft, attackiert und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, sagt der Berliner Politikwissenschaftler Markus End. Antiziganismus, also Rassismus gegen Sinti und Roma, sei „Alltag in Deutschland“.

Eines von Ends Gutachten präsentierte das Mannheimer Informationszentrum RomnoKher im Dezember 2012 Vertretern des Menschenrechtsausschusses im Bundestag. Darin berichtet er von vorurteilsbeladener Berichterstattung in den Medien, der Schändung von Mahnmalen, die an die Deportation und Ermordung von Sinti und Roma in der NS-Zeit erinnern, von Kampagnen rechter Politiker gegen Migranten aus Osteuropa.

Es bleibt auch in Deutschland nicht nur bei bösen Worten, wie Rudolf H. erleben musste. Der Sinto aus Klingenhain, einem Dorf in Sachsen, wurde als „Kanakenhäuptling“ beschimpft, seine Frau Clau-

Regierung, Roma in abgeriegelte Containersiedlungen abzuschieben.

In einem solchen Lager wohnt Elviz Isola mit seiner Mutter und vielen Geschwistern. Vorher lebten sie im „Casilino 900“ bei Rom, einem der größten Slums in Europa, der im Jahr 2010 über Nacht abgerissen und von Bulldozern planiert wurde. Dann siedelte die Regierung sie im Lager Salone an. Elviz wartet am Tor, es ist mit Stacheldraht gesichert, daneben hängt eine Überwachungskamera.

Salone liegt jenseits der Ringautobahn um die Drei-Millionen-Stadt Rom, ein gottverlassener Ort, nur ein kleiner Feldweg führt hierher. Hinter dem Tor reiht sich ein tristes Einerlei aus drei mal sieben Meter großen Wellblechcontainern aneinander, in Reih und Glied geordnet, mit Fenstern so winzig wie Schießscharten.

Stempel ‚zingaro‘, den ich auf der Stirn trage?“ Damit, dass man sie in „ein Gefängnis wie Salone stecke“, sagt Elviz, „gewinnen sie hier ihre Wahlen“.

Im Sommer noch wettete der Vizepräsident des Kommunalrats von Genua: „Quallen sind wie Zigeuner: unnützlich und stets ein Ärgernis.“ Laut einem Bericht von Amnesty International ist die Roma-Präsenz für die Politiker „vergleichbar mit einer Naturkatastrophe“.

Es gab eine Zeit, vor gut vier Jahren, da dachte Elviz Isola, dass die Dinge sich ändern könnten. Aktivisten legten bei der EU Beschwerde dagegen ein, dass Polizisten von minderjährigen Roma die Fingerabdrücke nehmen. Elviz war einer der Musterkläger, er bekam schließlich recht und dachte, alles werde gut. Heute hat er resigniert. „Wir Roma haben bei keinem Krieg mitgemacht“, sagt er, „wir



Italienische Modellsiedlung Salone bei Rom

SIMONA GRANATI

sind ein friedliches Volk. Sich jetzt zu wehren, jetzt Revolte zu machen, was würde das bringen?“

Elviz und seine Freunde dichten lieber Rap-Songs am Campingtisch ihrer Container und schreiben einen Blog über ihr Gipsy-Leben. Neuerdings haben sie sogar ein bisschen mehr Geld. Der neue Papst zieht mehr Pilger in die Stadt, und die Frauen kommen mit größeren Summen vom Betteln nach Hause. Elviz macht es Hoffnung, dass Franziskus oft von Armut spricht und davon, an die Ränder der Gesellschaft zu gehen. „Soll er nur kommen“, sagt Elviz, „mehr Rand als hier bei uns im Lager wird er nicht finden, in ganz Europa nicht.“

Auch Frankreich geht nicht zimperlich mit den Roma um. Camps aus Wohnwagen und provisorischen Hütten, die Roma aus Rumänien und Bulgarien vielerorts bezogen, lässt die Regierung mit Bulldozern räumen. Das begann unter dem konservativen Präsidenten Nicolas Sarkozy – und geht unter seinem sozialistischen Nachfolger François Hollande weiter.

Nicht nur der rechte Front national, sondern auch der sozialistische Innenminister Manuel Valls spricht einem Großteil der Roma die Fähigkeit zur Integration ab. Ihre Lebensweise sei „extrem andersartig“, sagte er. Daraufhin drohte ihm EU-Justizkommissarin Viviane Reding über einen Sprecher mit Sanktionen: Die EU-Regeln für Personenfreizügigkeit gälten auch für Roma. Die Union werde alle Mittel nutzen, um diese Rechte durchzusetzen.

Bei einem Besuch in Brüssel sitzt Reding in ihrem Büro und seufzt. „Mit diesem Thema können Sie nichts gewinnen“, sagt sie. Wie wenig sich die EU-Mitgliedstaaten für die Roma interessieren, erfuhr sie, als sie 2010 zum großen Roma-Gipfel ins spanische Córdoba reiste. „Gerade einmal drei Minister kamen“, erinnert sie sich. Auch der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU) interessierte sich nicht besonders für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Roma. Er ließ sich vertreten.

Reding drängte danach alle EU-Mitgliedstaaten, eine Strategie zur Roma-Integration vorzulegen. Vielsagend war die Antwort aus Deutschland: Aus Berlin tr-

delte 2011 ein mehrseitiges Schreiben ein, das zwar einräumte, es gebe Schwierigkeiten bei der Integration von Einwanderern. Aber: „Eine besondere Roma-Strategie ist hier nicht erforderlich“, hieß es.

Im Frühjahr 2013 rief Reding einen Runden Tisch für Roma-Fragen ins Leben. Dort sollten Hilfsorganisationen und Roma-Vertreter sagen, was hakte. Die Liste reichte von der Armut über die offene Diskriminierung bis zu Behinderungen beim Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem.

Die manchmal so mächtige EU hat in der Roma-Politik kaum Einfluss. Reding fehlen Sanktionsmöglichkeiten. Dem deutschen Innenminister Friedrich schrieb sie Briefe, wenn ihr dessen Rhetorik zu scharf wurde. Auch Italien schalt sie, und Frankreich rückte sie mit einem Vertragsverletzungsverfahren zu Leibe, als Paris massenhaft Roma auswies.

Redings Stimme lässt Frust erahnen, wenn sie sagt: „Aus den Mitgliedstaaten kriegen Sie doch hauptsächlich zweierlei: entweder ein paar wohlmeinende Sonntagsreden oder Populismus gegen Roma.“ Wählerstimmen gewinnt man mit dem Einsatz für die Volksgruppe nicht. Die Staaten riefen noch nicht einmal ansatzweise all die 26,5 Milliarden Euro an Fördergeldern zur sozialen Integration ab, die über die letzten fünf Jahre auch den Roma helfen sollten.

Warum das so ist, könnte vielleicht Damian Draghici der Justizkommissarin erklären. Der 43-Jährige ist Rom und im Hauptberuf erfolgreicher Musiker. Er komponierte zum Beispiel mit Hans Zimmer die Musik zu einem der „Fluch der Karibik“-Filme.

Heute ist Draghici Chefberater des rumänischen Ministerpräsidenten in Roma-Angelegenheiten. An einem Nachmittag im Juni sitzt er an einem Konferenztisch in Bukarest, eine schwarze Ray-Ban-Sonnenbrille über der Stirn. Sein Haar ist kurz geschoren, er trägt Anzug und spricht akzentfreies Englisch. Vor ihm liegen Plastikflaschen mit Wasser, Visitenkarten und zwei Smartphones.

Ja, sie hätten zwar eine Roma-Strategie in Rumänien, aber nur, weil Brüssel

es fordere. Es sei halt ein Papier. Die Roma-Strategie seiner Regierung, die Bemühungen aus Brüssel, fasst Draghici schnell zusammen: „Based on bullshit“, sagt er.

Sollte es Probleme mit Roma in Deutschland geben, dann helfe er gern. Er könne sich um Projekte in den entsprechenden rumänischen Dörfern kümmern, man müsse ihm nur Bescheid sagen. Dann sagt man ihm, dass in Deutschland das Kindergeld 20-mal so hoch ist wie in Bukarest. „Bullshit“, sagt er dann ungläubig.

Er erzählt, dass in den vergangenen 20 Jahren die Roma-Angelegenheiten der letzte Punkt auf der politischen Agenda Rumäniens gewesen seien. Er glaubt: „Die Roma sind heute noch auf dem Stand von vor 150 Jahren.“ Den Roma könnten nur die Gemeinden vor Ort helfen, keine Beschlüsse in Brüssel und das rumänische Parlament schon gar nicht. Dort sitzt für die knapp zwei Millionen Roma gerade mal ein Minderheiten-Abgeordneter.

Anfang Dezember verabschiedeten die EU-Mitgliedstaaten in Brüssel erneut ein Papier. Alle 28 Länder verpflichteten sich, durch gezielte Maßnahmen die Integration der Roma zu beschleunigen. EU-Kommissarin Reding sagt, das signalisiere die Bereitschaft der Länder, etwas für die Roma zu tun. „Wir werden nicht zögern, die EU-Länder an ihre Verpflichtungen zu erinnern, und dafür sorgen, dass sie ihnen auch nachkommen“, sagt Reding.

Das mag sein. Doch fast gleichzeitig schränkten die Innenminister der EU die visafreie Einreise aus Balkanländern wie Serbien und Mazedonien wieder ein. Bundesinnenminister Friedrich machte kurz vor seinem Wechsel ins Landwirtschaftsressort sogar den Vorstoß, die Reisefreiheit von Rumänen und Bulgaren in der EU zu beschränken.

So drängt sich ein für die Roma verstörender Verdacht auf. Auch der neueste Beschluss zur Verbesserung der Lebenssituation von Roma ist nur Papier. Draghici würde sagen: bullshit.

JÖRG DIEHL, FIONA EHLERS, ÖZLEM GEZER, MAXIMILIAN POPP, FIDELIUS SCHMID